

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Günter Nooke, Peter Hintze, Bernd Neumann (Bremen), Renate Blank, Ingrid Fischbach, Dr. Peter Gauweiler, Dr. Günter Krings, Dr. Martina Krogmann, Dr. Norbert Lammert, Vera Lengsfeld, Heinrich-Wilhelm Ronsöhr, Anita Schäfer (Saalstadt), Erika Steinbach, Christian Freiherr von Stetten, Edeltraut Töpfer und der Fraktion der CDU/CSU

Deutsch als Arbeitssprache der Europäischen Union

Die beschlossene Erweiterung der Europäischen Union um zehn Mitgliedstaaten hat Auswirkungen auch auf die Anzahl der gesprochenen Sprachen. Vor diesem Hintergrund ist das bestehende Sprachregime der Gremien und Institutionen der Europäischen Union zu überprüfen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Was hat die Bundesregierung im zu Ende gehenden Jahr entsprechend ihrer Ankündigung in der Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU/CSU „Verbreitung, Förderung und Vermittlung der deutschen Sprache“ (Bundestagsdrucksache 14/7250, zu Frage 56) unternommen, sie werde „Anstrengungen zur Festigung der Position des Deutschen im Sprachgebrauch der EU-Institutionen mit Blick auf die Erweiterung verstärken“, und welche Maßnahmen wurden ergriffen?
2. Wie viele Teilnehmer – Beschäftigte bei den EU-Institutionen und Beamte aus den EU-Beitrittsländern – hatten in den Jahren 2001 und 2002 die Sondersprachkurse, die die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit den Ländern über das Goethe Institut Inter Nationes (GIIN) fördert, und wie viele Individual-Sprachkurse für besonders hochrangige Mitarbeiter der EU-Institutionen konnte das GIIN in den Jahren 2001 und 2002 anbieten?
3. Welcher Instrumente hat sich die Bundesregierung in den vergangenen zwei Jahren bedient, um den Gebrauch des Deutschen in den Gremien und Institutionen der EU zu stärken?
4. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, Deutsch gemäß der festgelegten Vereinbarungen auch im operativen/praktischen Geschäft der Gremien und Institutionen dauerhaft zu stärken?

5. Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die in der Novelle des Deutsche-Welle-Gesetzes vorgesehene Reduzierung des deutschsprachigen Anteils im Programm des Senders?

Berlin, den 13. Dezember 2002

Günter Nooke
Peter Hintze
Bernd Neumann (Bremen)
Renate Blank
Ingrid Fischbach
Dr. Peter Gauweiler
Dr. Günter Krings,
Dr. Martina Krogmann
Dr. Norbert Lammert
Vera Lengsfeld
Heinrich-Wilhelm Ronsöhr
Anita Schäfer (Saalstadt)
Erika Steinbach
Christian Freiherr von Stetten
Edeltraut Töpfer
Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion